

Dr. Gerhard Engel (Braunschweig)
Warum Kopenhagen ein Erfolg war

Ende vorigen Jahres ist in Kopenhagen der „Klimagipfel“ zu Ende gegangen. Ursprünglich wollte man dort die Weichen für ein Nachfolge-Abkommen für das Ende 2012 auslaufende „Kyoto-Protokoll“ stellen und verbindliche „Reduktionsziele“ festlegen: Alle Staaten sollten in einem noch festzulegenden Ausmaß durch beschleunigte Installation von CO₂-vermeidender Technik und durch Energiesteuererhöhungen den Ausstoß von „Treibhausgasen“ reduzieren. Zwei Wochen lang verhandelten über 15.000 Teilnehmer aus 194 Ländern – zu denen auch Afghanistan, Sudan und Zimbabwe gehörten – über Einführung und Verschärfung von „Klimaschutzmaßnahmen“. Hunderte Staats- und Regierungschefs reisten zum Ende der Konferenz an, Tausende Journalisten berichteten täglich von einem Ereignis, das in der veröffentlichten Meinung als „Jahrhundertereignis“ bezeichnet wurde.

Das Ergebnis: Man einigte sich darauf, Absichtserklärungen zur CO₂-Reduktion „zur Kenntnis zu nehmen“. Viele Menschen empfinden dieses Resultat als ernüchternd. Ich schließe mich dieser Einschätzung an, allerdings in einem etwas anderen Sinne: Der Kopenhagener Gipfel war tatsächlich ein Erfolg – nämlich ein wesentlicher Schritt zu einer realistischeren, ökonomisch effizienteren, gerechteren und damit rationaleren *Entwicklungspolitik*. Drei Gründe seien hier genannt.

1. Kopenhagen bedeutet: Die Welt wird sich weiter industrialisieren. Unbeeindruckt von westlichen radikalökologischen Denk-

modellen wird die asiatische Hälfte der Weltbevölkerung auf die rasche wirtschaftliche Entwicklung setzen. Und das mit Recht: Die westliche Klimapolitik reflektiert nämlich nicht die objektiven Interessen der *Weltbevölkerung*, sondern die subjektiven Interessen von linksökologischen UN-Eliten und westlichen Basisgruppen. Dafür hier nur zwei Belege: Der Gründer des UN-Umwelt-Programms, Maurice Strong, ließ sich in einem Interview 1990 folgendermaßen vernehmen: „Ist nicht die einzige Hoffnung für unseren Planeten der Zusammenbruch der Industrie-Zivilisationen? Ist es nicht unsere Pflicht, dafür zu sorgen?“ (Nova 2009, S. 8, Quelle 91). Und die klimapolitische Basis hat diese für die gegenwärtige Weltbevölkerung durchaus nicht ungefährliche Ideologie mit ihrer Forderung nach einem „Systemwechsel“ folgsam internalisiert:

„Es gibt Lösungen für die Klima-Krise. Was die Menschen und der Planet brauchen, ist eine gerechte und nachhaltige Veränderung unserer Gesellschaften in eine Form, die das Überleben aller Menschen sicherstellt und einen fruchtbaren Planeten und ein erfüllteres Leben für künftige Generationen ermöglicht.“

Die Krise von heute hat ökonomische, soziale, umweltabhängige, geopolitische und ideologische Aspekte, die einander in Hinblick auf die Klimakrise sowohl beeinflussen als auch verstärken. Deshalb fordern wir folgende dringende Klima-Maßnahmen:

- Die vollständige Aufgabe fossiler Brennstoffe innerhalb der nächsten 30 Jahre. Dies erfordert Meilensteine für jede 5-Jahresperiode. Wir fordern eine unmittelbare Kürzung von Treibhausgas-Emissionen der industrialisierten Länder von mindestens 40% bis 2020 im Vergleich zum Niveau von 1990.
- Anerkennung, Bezahlung und Ausgleich der Klimaschuld für die Überkonsumtion von Atmosphäre und der Auswirkungen auf den Klimawandel gegenüber allen betroffenen Gruppen und Menschen.“ (Klimaforum 09, 2009)

Eine liberale Lösung dagegen würde lauten: Nachhaltigkeit erwächst nicht aus Verzicht, sondern aus Wachstum und Innovation. Und dafür benötigen die Menschen in den Entwicklungsländern weder monetäre Umverteilungsgeschenke an die Herrschenden noch Gratis-Windräder, sondern eine grundlegend bessere Politik – nämlich vor allem stabile Eigentumsrechte (de Soto 2002) und einen erleichterten Zugang zu (Mikro-)Krediten und Kapital. Keine nachhaltige Politik ist denkbar, die in diesem Punkt grundlegende wissenschaftliche Erkenntnisse über den Zusammenhang von Eigentumsrechten, Kapital und Entwicklung sowie von Entwicklung, Bildung und Innovation ignoriert. Gut gemeinter Öko-Paternalismus ist weder zielführend noch außerhalb des Westens erwünscht (Kobusingye 2009).

2. Kopenhagen war das Fanal des sich abzeichnenden weltpolitischen Bedeutungsverlusts des Westens: Regeln und Ziele der Weltpolitik können nun nicht mehr allein von westlichen Polit-Funktionären bestimmt werden. Und das ist auch gut so. In diesem Zusammenhang war die

Erarbeitung oder besser: das Zustandekommen der Schlusserklärung von Kopenhagen besonders bemerkenswert. Die chinesische Delegation blockierte dem Vernehmen nach die Verhandlungen so hartnäckig, dass US-Präsident Barack Obama am 18.12.2009 gegen 21 Uhr ungeduldig um ein Gespräch mit dem chinesischen Premier Wen Jiabao bat, um die Dinge voranzubringen. Doch Wen ließ Obama warten. Er hatte sein Hotelzimmer offenbar während des gesamten Kongresses ohnehin nur selten verlassen und galt für längere Zeit als unauffindbar. Die laufenden Verhandlungen mit den anwesenden Staats- und Regierungschefs ließ der chinesische Premier über einen der stellvertretenden (!) Außenminister führen. Schließlich gelang es der US-Delegation, den chinesischen Premier in einem Verhandlungszimmer ausfindig zu machen. Ein offenbar wutentbrannter Obama soll daraufhin in das Zimmer gestürmt sein: „Sind Sie jetzt bereit, mit mir zu reden, Herr Premier? Sind Sie jetzt bereit? Herr Premier, sind Sie bereit, mit mir zu reden?“ Dies dürfte die Schlüsselszene der Konferenz gewesen sein – und ein Symbol für die neuen Realitäten in der Weltpolitik.

Man möchte sich lieber nicht den Eindruck ausmalen, den ein sichtlich enervierter US-Präsident auf die traditionell zurückhaltenden Asiaten gemacht haben dürfte. Hier geht es darum, dass der einst „mächtigste Mann des Westens“ vor einer aufstrebenden Weltmacht antichambrieren musste, die allein eine Billion US-Dollar Devisenreserven hält und daher amerikanischem Drängen gelassen entgegensehen kann. Es blieb dem US-Präsidenten daher kaum etwas Anderes übrig, als im direkten Gespräch mit Wen und dem indischen Staats-

chef Mammohan Singh sowie dem zufällig (?) anwesenden Südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma die Grundlinien der Kopenhagener Erklärung zu entwerfen und an der klimaorthodoxen Europäischen Union vorbei in die Konferenz einzubringen.

Zwar geriet in den frühen Morgenstunden des 19.12. der sudanesischer Diplomat Lumumba Di-Aping angesichts des magereeren Konferenzergebnisses außer sich: Niemand habe das Recht, Afrika zu zerstören, sagte der Sudanese als Sprecher der G77-Entwicklungsländer. Nun – gerade der Sudan führt der Welt vor, dass man Länder auch ganz ohne die Verweigerung von Hilfgeldern ruinieren kann.

Aus liberaler Sicht ist zu begrüßen, dass eine antihumanistische Deindustrialisierungspolitik verhindert werden konnte. Westliche Klimapolitik hätte außerdem berücksichtigen müssen, dass Regeln für Alle eben auch im Interesse Aller liegen müssen – eine sozialphilosophische (und humanistische) Grundeinsicht, die offenbar noch nicht in nennenswertem Umfang über die philosophischen Seminarräume hinausgedrungen ist. Das offensichtliche Scheitern der westlichen Politikziele signalisiert daher ein konzeptionelles Politikversagen: Wer ein Angebot macht, das nicht angenommen wird, muss es grundlegend überdenken. Eine Strategie des „Jetzt erst recht“ wird jedenfalls nicht funktionieren – immerhin repräsentieren allein China und Indien zusammen etwa zwei Fünftel der Weltbevölkerung – und in nicht allzu ferner Zukunft das Gros der Produktivität. Es ist daher durchaus nachvollziehbar, dass diese beiden Länder die westlichen Absichten, die „Klimagase“ zu reduzieren, lediglich „zur Kenntnis nehmen“ wollten.

3. Kopenhagen bedeutet schließlich ein Moratorium für ökologisch und ökonomisch unüberlegte „Klimaschutz“-Maßnahmen. *Ökologisch* unüberlegt sind sie, weil Chinesen und Amerikaner, ja inzwischen selbst manche Europäer, sich schon angesichts des gegenwärtigen Rekord-Winters wohl nur schwer von der Stichhaltigkeit der offiziellen Klimaforschung überzeugt zeigen dürften. Und sowohl der weiter bröckelnde „Konsens“ der Klimawissenschaftler als auch die jüngst ans Licht gekommenen weiteren systematischen Datenfälschungen und klimatologischen Tricksereien („Climategate“; vgl. Nova 2009) zeigen, dass man nicht nur über die Politik des Klimawandels, sondern auch über die zugrunde liegenden naturwissenschaftlichen Annahmen noch einmal grundlegend neu nachdenken könnte. *Ökonomisch* unüberlegt sind die bereits etablierten „Klimaschutz“-Maßnahmen, weil die gegenwärtige Klimapolitik überraschenderweise gar keinen klimarelevanten Effekt hat (Weimann 2008) – und zwar selbst dann, wenn man voraussetzt, dass die Annahme einer CO₂-induzierten Erderwärmung triftig ist. (Wer spart, senkt den Preis und erhöht so wieder die Nachfrage.) Wichtiger noch: Die Politiker scheinen zu übersehen, dass die Staatshaushalte im Westen keine weiteren Belastungen vertragen. Wenn man die ungedeckten staatlichen Pensionsversprechen mit einrechnet, sind die europäischen Staaten durchschnittlich mit etwa dem 1,5-fachen des Bruttonationalprodukts verschuldet – eine Lage, in der man auf ökonomisch seriöse und völkerrechtlich zulässige Weise eigentlich keine einzige weitere Milliarde über die Welt verteilen dürfte – geschweige denn, wie von manchen anvisiert, 100 Milliarden jährlich. Wer es dennoch tut, spielt mit der Glaub-

würdigkeit des Staates als Schuldner, mit der Stabilität der Währung, mit dem Wohlstand seiner Bürger und letztlich mit der Stabilität des Gemeinwesens. Aber die Wirtschaftsgeschichte zeigt leider zur Genüge, dass Staaten ihren Zahlungsverprechen ja bei weitem nicht immer Taten folgen lassen (müssen) – mit allen daraus erwachsenden Folgen.

Aus liberaler Sicht ist dagegen zu begrüßen, dass mit Kopenhagen die Gefahr der Budget-Überdehnung und das Risiko einer ökonomischen und politischen Destabilisierung wieder in eine etwas weitere Ferne gerückt sind.

Mein Fazit: Wenn kluge Politik bedeutet, Konsequenzen aus der Widerlegung von Irrtümern zu ziehen und Realitäten zu akzeptieren, die man nicht ändern kann, dann könnte die angeblich „gescheiterte“ Klimakonferenz von Kopenhagen den Anfang eines Lernprozesses markieren, der zu einer realistischeren und schon deshalb humaneren Politik führt. Aber es ist unwahrscheinlich, dass die westlichen Demokratien die Kraft haben, sich von bequemen Unwahrheiten zu trennen, in die man (einschließlich eines Friedens-Nobelpreises) schon sehr viel investiert hat. Mit Fareed Zakaria (2007) könnte man sagen: Kopenhagen war ein Sieg für den Liberalismus – und eine Blamage für die durch Sonderinteressengruppen korrumpierten westlichen Demokratien.

Literaturhinweise

- Engel, Gerhard (2008): *Václav Klaus: Blauer Planet in grünen Fesseln. Was ist bedroht: Klima oder Freiheit?* (Rezension) In: Aufklärung und Kritik 15, Heft 1, S. 244-246.
- Engel, Gerhard (2009): „Menschengemachter Klimawandel“? Ein Symposium. In: Aufklärung und Kritik 16, Heft 1, S. 65-93.
- Klimaforum09 (2009): Systemveränderung – statt Klimawandel! Erklärung der TeilnehmerInnen des Klimaforum09 in Kopenhagen (18. Dez. 09). <http://webmail.horus.at/pipermail/e-rundbrief/2009/000942.html>
- Kobusingye, Fiona (2009): Afrika braucht keine Energiediät, sondern Strom. In: WELT Online, 26. November 2009, 19:54 Uhr. *Druckversion*: Eure Sorgen sind nicht unsere Sorgen. In: DIE WELT, 27.11., S. 9.
- Nova, Joanne (2009): Climategate – 30 Years in Making. http://jonova.s3.amazonaws.com/climategate/history/2009.12.23_climategate_30_years_in_the_making_banner.pdf
- Peiser, Benny (2009): Kopenhagen und der Niedergang der grünen Utopie. In: Weltwoche, Nr. 52/53, S. 12-13.
- Soto, Hernando de (2002): Freiheit für das Kapital! Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert. Berlin: Rowohlt.
- Tooley, Mark D. (2009): Religious Climate Rage. In: FrontPage, 22.12. <http://frontpagemag.com/2009/12/22/religious-climate-rage-by-mark-d-tooley/>
- Weede, Erich (2000): Asien und der Westen. Politische und kulturelle Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung. Baden-Baden: Nomos.
- Weimann, Joachim (2008): Die Klimapolitik-Katastrophe. Deutschland im Dunkel der Energiesparlampe. Marburg: Metropolis.
- Wetzel, Dirk / Lachmann, Günter (2009): US-Präsident Obama stürzt vom Klima-Gipfel. In: Die WELT Online, 19. Dezember 2009, 13:17 Uhr. <http://www.welt.de/politik/ausland/article5581658/US-Praesident-Obama-stuerzt-vom-Klima-Gipfel.html>
- Zakaria, Fareed (2007): Das Ende der Freiheit. Wieviel Demokratie verträgt der Mensch? München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.